Wolfram Siemann

Die Adelskrise 1848/49

In seiner jüngst erschienenen exzellenten Bestandsaufnahme über „Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft“ legt Dieter Langewiesche auf 113 Seiten mit 514 Fußnoten Rechenschaft ab über den Gang der Forschung während der letzten zehn Jahre¹. 14 Kapitel scheinen ein erschöpfendes Spektrum an Themen zu erschließen, das selbst Fragen der Emigration, Kunst und Literatur einschließt. Zahlreicher sozialer Trägerschichten wird im einzelnen gedacht, auch der seither zu wenig beachteten: der Frauen und der Juden. Und doch: Der Adel fehlt darin. Das ist nun freilich kein Versäumnis des höchst akribisch vorgehenden Autors; es ist die getreue Spiegelung des Forschungsstands. Es existiert kein Buch zur Rolle des Adels in der Revolution von 1848.

Ohne weitläufig über die Ursachen zu spekulieren, ist doch auf eine besondere Schwierigkeit hinzuweisen. Sie liegt in der Vielgliedrigkeit des Adels als sozialer Gruppe und seiner landesbezogenen Partikularität. Er ist in hohem Maße ein regionales Phänomen, und als solches erscheint er in übergreifenden landesgeschichtlichen Monographien, welche die Revolution von 1848 *auch* berühren, etwa zu Bayern bei Hanns Hubert Hofmann², zu Westfalen bei Heinz Reif³. Als umfassendes nationales Problem erscheint der Adel in der Gestalt der Mediatisierten, die aus der Bundesakte ihre privilegierte Rechtslage herleiteten, wie es die Pionierstudie zur Adelsforschung von Heinz Gollwitzer verfolgt hat. Auch hier findet sich ein spezielles Kapitel zu 1848⁴.

Wie ist es nun möglich, zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen zu kommen, was die Revolution *dem Adel* bedeutete? Die Adelskrise soll also nicht in der vertrauten Spiegelung durch die bürgerliche Kritik erschlossen werden, sondern aus der Sicht der Betroffenen selbst. Worin erkannte der Adel das Krisenhafte der Revolution? Ich gehe dabei von der methodischen Prämisse aus, daß die deutlichsten Aussagen sich

¹ Dieter Langewiesche, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil II, in: AfS 31 (1991) 331–443.

² Hanns Hubert Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jahrhundert (München 1962); vgl. auch Walter Demel, Der bayerische Adel von 1750 bis 1871, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Europäischer Adel 1750–1950 (Göttingen 1990) 126–143.

³ Heinz Reif, Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite (Göttingen 1979).

⁴ Helmut Gollwitzer, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918 (Göttingen 1964).

während und kurz nach der Revolution gewinnen lassen, als der Adel das Ereignis und seine beginnenden Folgen aufzuarbeiten und zu bewältigen begann. Da ich nicht den Weg in die Unzahl privater Adelsarchive beschreiten konnte – auch das steht der Forschung noch bevor –, suchte ich nach Beschwerden über erfahrene Unbill, gerichtet an den Landesherrn, an die Ständeversammlung und an die Frankfurter Nationalversammlung. Und ich wurde im Bayerischen Hauptstaatsarchiv fündig. Als Beispiel nenne ich eine Eingabe vom 25. Mai 1853 an König Max II.; darin klagte Eberhard Graf zu Erbach-Erbach über die „Revolutions-Katastrophe“, welche den Adligen ihre Prerogative und den „namhaften Theil ihres Einkommens“ entzogen habe. Das waren „die destructiven Gesetze des Jahres 1848“. Wörtlich folgt dann:

„Ich nehme wahr, daß deutsche hohe Souveraine alles, was sie an Prerogativen und Rechten der Flut der Revolution ungebührlich opfern mußten, jetzt im Stand der Ebbe wieder zu bergen suchen und dürfte daher einem Mediatisierten umsoweniger zu verargen sein, wenn er das Gleiche hinsichtlich der Schwächen seines Hauses anstrebt, welche dem selben eine Particulargesetzgebung unberechtigt zufügte, da sie den Boden des Rechts verlassen und sich auf den Boden der Revolution gestellt hatte.“⁵

Das war herbe Kritik am Landesherrn, wurde er doch hier des Paktes mit der Revolution und des Rechtsbruchs bezichtigt. Die zugrundeliegende Sachlage ist das eigentlich Spannende: nämlich die Reaktionsgesetzgebung, namentlich die Aufhebung der Grundrechte, geschehen durch Bundesbeschluß vom 23. August 1851. Die Adeligen gemahnten mit unbestreitbarer Logik: Wenn die Grundrechte in toto aufgehoben sind, mußten auch die darin festgelegten Aufhebungen und Ablösungen bäuerlicher Lasten und Dienste, des sogenannten Feudalsystems wieder rückgängig gemacht oder zumindest in günstigerer Entschädigung nachgebessert werden.

Graf Erbach war kein Einzelfall, sondern Prinz Karl von Oettingen-Wallerstein richtete eine gedruckte 63seitige „Recurs-Vorstellung“ „An die hohe deutsche Bundesversammlung“, und damit trat er am 22. Februar 1854 als Sachwalter nahezu aller standesherrlicher Häuser und darüber hinaus des Adels allgemein auf. Diese Eingabe zielte zwar auf das Königreich Württemberg, aber da sie von Standesherrn in der Gesamtheit ausging, betraf sie den Bund und die wiederbelebte Bundesversammlung auch insgesamt. Die ganze Bitterkeit sprach aus einem Vergleich, wonach in Württemberg derjenige Teil der Grundrechte, der die Israeliten betraf, ausdrücklich für rechtswirksam beibehalten wurde. Oettingen-Wallerstein konstatierte, die Grundrechte blieben in Württemberg für Staatsbürger zweier Klassen rechtswirksam: „nämlich in Folge der thätigen Fürsorge der Regierung – *für* die Israeliten bezüglich dessen, was ihnen die Grundrechte gegeben hatten, und in Folge des Schweigens und Nichthandelns der Regierung – *gegen* den Adel bezüglich dessen, was die Grundrechte ihm nehmen“⁶.

⁵ Eingabe Graf Eberhard zu Erbach 25.5.1853, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (im folgenden BayHStA), MIInn 47609.

⁶ „Recurs-Vorstellung des Prinzen Carl von Oettingen-Wallerstein Namens vieler der Krone Württemberg subjiicirter standesherrlicher Häuser wegen ihres durch die Landes-Gesetzgebung seit dem Jahre 1848 verletzten Rechtszustandes.“, dazu auch das umfangreiche „Beilagenheft“, BayHStA, MIInn 47609.

Der Prinz äußerte sich also für den ganzen Adel, und die erste zentrale Erkenntnis zur Adelskrise 1848/49 lautet: Sie manifestiert sich brennpunktartig in den Grundrechten. Diese bedeuteten die eigentliche Provokation.

Hier muß ich nun – will ich meinem Thema Adelskrise 1848 treu bleiben – das Rahmenthema des Kolloquiums ‚Adel und Bürgertum‘ erweitern. Nicht die Auseinandersetzung mit dem Bürgertum war in der Revolution zunächst das eigentlich Schmerzhaftes und Revolutionäre, sondern die Aufhebung der überkommenen grundherrlichen Herrschafts- und Sozialordnung, also der Sonderstellung des grundherrlichen Adels, sei es der kleine Junker oder der hochstehende Standesherr, zu seinen Bauern. Hier waren *jene* Adelsgruppen die zentralen, welche im Kommunalismus des städtischen Vereinswesens, wie es Lothar Gall vorgestellt hatte, lediglich zu den marginalen zählten⁷. Nicht der Durchbruch der bürgerlichen Gesellschaft bewegte den Adel zunächst im Revolutionsjahr, sondern der Aufstand seiner Bauern. So betrachtet dominierte beim Adel gleichermaßen die vorindustrielle Prägung, wie sie Dieter Langewiesche im Horizont der von ihm behandelten bürgerlichen Adelskritik diagnostiziert hat.

In dieser Eigenart liegt zugleich für 1848 ein wichtiger Unterschied des deutschen Adels zum englischen Adel, den Hartmut Berghoff vorgestellt hat⁸. Der deutsche Adel hatte seine Vergangenheit, das hieß die ihm weiter anhaftenden Reste der Lehens- und Feudalordnung, erst noch abzustreifen, und das unter Drohung und Gewalt. Man mag das auch als Rückständigkeit einstufen und als Erklärung für die geringere Politikbereitschaft, das Angebot der Landtage und Parlamente zum politischen Mandat wahrzunehmen.

Die Agrarbewegungen haben durch jüngere Forschungen Rainer Kochs, Dieter Langewiesches und Manfred Gailus' wieder die ihnen gebührende Aufmerksamkeit gefunden⁹. Auch wenn die Angriffe vornehmlich standesherrlichen Territorien galten, wurde doch für den Adel allgemein die Erinnerung an die Bauernkriege in elementarer Weise lebendig. Bäuerliche Flugschriften mit entsprechenden Anspielungen liefen um. Hier zeigte die Revolution bedrohliche, gegen Leib und Leben gerichtete Tendenzen. Der Schock im Adel kann wohl kaum tief genug gewertet werden. Es existieren Zeugnisse unverhohlener Angst; sie machen manche Verhaltensweisen wie Lethargie, Passivität oder Rückzug des Adels ins Private während der Revolution begreiflich¹⁰.

⁷ Vgl. den Beitrag von *Lothar Gall* zu Adel, Bürgertum und Vereinswesen in diesem Band.

⁸ Vgl. den Beitrag von *Hartmut Berghoff* zu Adel und Wirtschaftsbürgertum in England in diesem Band.

⁹ *Dieter Langewiesche*, Die Agrarbewegungen in den europäischen Revolutionen von 1848, in: *Jürgen Heideking, Gerhard Hufnagel, Franz Knipping* (Hrsg.), *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz* (Berlin, New York 1989) 275–289; *Rainer Koch*, Die Agrarrevolution in Deutschland, in: *Dieter Langewiesche* (Hrsg.), *Die deutsche Revolution von 1848/49* (Darmstadt 1983) 362–394; *Manfred Gailus*, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter bes. Berücksichtigung Preußens 1847–1849* (Göttingen 1990).

¹⁰ Die Erfahrung der Bedrohung ist differenziert dokumentiert in der anonymen Flugschrift: *Thatsachen der Gegenwart, insbesondere Judenverfolgungen und Excesse gegen Guts- und*

Die Bedrohlichkeit wurde auch von den Fürsten sofort erkannt. Mehr als die Unruhe der Bürger fürchteten sie den Aufstand der Bauern. Das zeigt sich beispielhaft im Verhalten König Ludwigs I., als er eine Petition der Grundholden der Standesherrschaft Oettingen-Wallerstein in die Hand bekam. Die Petition vom 8. März, gesammelt in 50 Gemeinden, trug 2709 Unterschriften. Nur 39 vermochten ihren Namen nicht selbst zu schreiben. Sie lag am 16. März dem König vor, und dieser verfügte noch am gleichen Tag eine Nachricht an die Bauern, daß die Ablösungsgesetze der Ständeversammlung zuzingen. Eigenhändig ergänzte er seinen Befehl, ihm unverzüglich zu berichten¹¹.

Die Bauern äußerten ihre „Begeisterung für Vaterland und sein angestammtes Königshaus“. Sie klagten, im Gegensatz zu den größeren bayerischen Städten seien die 50 000 Grundholden im Ries als nur „mittelbare Unterthanen“ des Königs vergessen worden. Sie fühlten sich ungerecht behandelt, „weil zwischen ihrem und dem Herzen ihres Monarchen eine fremde, wenn auch untergeordnete Macht steht; weil sie von beinahe unerschwinglichen Feudallasten niedergedrückt werden“. Was das Haus Oettingen-Wallerstein durch die Mediatisierung an politischer Macht verloren habe, sei „durch ein System der Erweiterung der Grundlasten“ mit „allzubereitwilligen Beamten“ wieder erworben worden. Sie klagten über die Rolle der Untergerichte, deren Beamte vom Fürsten ernannt und bezahlt wurden, über steigende Lasten, ungemessene Fronen, Jagd- und Spanndienste. Die Bauern griffen den Adel mithin als *politischen Stand* an, als Inhaber von Herrschaftsrechten.

Die bayerische Petition war nur *pars pro toto*, denn aus ganz Deutschland gingen solche Petitionen bei der Frankfurter Nationalversammlung ein. Auf ihrer Grundlage verfaßte der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Paulskirche einen Bericht, der ein eindrucksvolles, in der Literatur bisher weitgehend unbeachtetes Dokument zum Verhältnis zwischen bäuerlicher Bevölkerung und Grundadel darstellt. Der Ausschuß erklärte, er müsse nachholen, was seit der Zeit des Bauernkrieges „in den bekannten 12 Artikeln“ als billige Wünsche vorgetragen und bis jetzt nicht vollständig eingelöst worden sei. Nach der Gliederung des Berichts waren Beschwerden eingegangen aus den Königreichen Sachsen, Hannover und Bayern, aus den sächsischen Herzogtümern, aus Nassau sowie aus Preußen, das eigens nach Provinzen gegliedert wurde, und zwar in Sachsen, Schlesien, Westfalen und das Rheinland¹².

War bis hierher in der Revolution hauptsächlich die Konfliktzone zwischen Adel und Bauern berührt gewesen, so eröffnete sich auf dem Weg der Verrechtlichung der Revolution nun erst die Konfliktzone zwischen Adel und Bürgertum: in dem rechtlichen Vollzug der Entfeudalisierung durch die Parlamente. Das Bürgertum betätigte

Fortsetzung Fußnote von Seite 233

Fabrikherren, erklärt durch Thatsachen der Vergangenheit nebst einigen Vorschlägen zur Heilung socialer Uebel für die Zukunft von einem „Kopfarbeiter“. Berlin 1848.

¹¹ Die Petition BayHStA, MInn 43956 wurde verfaßt von Dr. von Lips und Friedrich Hauck.

¹² Petitionsbericht des Volkswirtschaftlichen Ausschusses in: Franz Wigard (Hrsg.), Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 4 (Frankfurt am Main 1848) 2388–2403. Insgesamt verfaßte Wilhelm Adolph Lette für den Ausschuß 3 Petitionsberichte, einen zur 86. Sitzung am 26. 9. 1848 (19 Seiten), zur 95. Sitzung am 12. 10. 1848 (3 Seiten) und zur 204. Sitzung am 23. 4. 1849 (6 Seiten).

sich als rechtlicher Vollstrecker dessen, was die Agrarrevolution vorbereitet hatte. Das wichtigste Parlament neben den Landtagen, die Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche, hat die Zeitenwende in der Agrar- und Sozialverfassung in die bekannten Grundrechtspargraphen gegossen: freie Teilbarkeit des Grundeigentums, entschädigungslose Aufhebung jeden Untertänigkeits- und Hörigkeitsverbands, der Patrimonialgerichtsbarkeit und grundherrlichen Polizei, der persönlichen Abgaben und Leistungen aus dem guts- und schutzherrlichen Verband; Ablösung gegen Entschädigung aller auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen. Liest man die Debatten der Paulskirche, wird man hin- und hergezogen zwischen der Gelehrsamkeit eines juristischen Seminars und der geäußerten Leidenschaft widerstrebender materieller Interessen und verletzter Ehrgefühle¹³.

Den Höhepunkt – Dieter Langewiesche nannte es ‚Extrempol‘ – der bürgerlichen Adelskritik erreichte das Parlament in seinen Beschlüssen über den Adel. Viermal stimmte man namentlich ab: In erster Lesung verwarfen die Abgeordneten den Antrag, den Adel aufzuheben, mit 282 gegen 167 Stimmen, also einer Differenz von 115 Stimmen. In zweiter Lesung fiel der gleiche wiederaufgenommene Antrag mit 236 gegen 186 Stimmen: Differenz nur noch 50 Stimmen. Der Antrag, alle Ausdrücke zur Bezeichnung des Adels abzuschaffen, fiel mit 265 gegen 178 Stimmen, Differenz: 87. Daraufhin unterzogen sich die Abgeordneten nochmals der namentlichen Prozedur. Hier kam dann merkwürdigerweise ein Antrag mit einer Mehrheit von nur 8 Stimmen (221:213) durch, der den Adel „als Stand“ aufhob¹⁴.

Was war passiert? Man kann nicht annehmen, die Mehrheit der Versammlung habe an einem Tag während dreier Abstimmungen plötzlich ihre Meinung grundsätzlich geändert. Der Publizist Rudolf Haym, selbst Mitglied des rechten Zentrums, fand einen plausiblen Grund: „Mehrfach unterlagen wir auch bei diesen zweiten Abstimmungen einem Manöver der Linken, welches darin bestand, einen Gedanken in wenig geänderter Form immer auf's Neue uns anzubieten, immer neuen, wo möglich namentlichen Abstimmungen zu unterwerfen. An einer milderer Einkleidung eines möglichst radikalen Satzes blieb denn endlich doch dann und wann die Majorität hängen; denn die Widerstandskraft wurde auf diese Weise gebrochen, die Geduld ermüdet, und die Verführten gewahrten zu spät, daß sie den Gegnern einen Dienst erwiesen. So kam aus dem Württemberger Hofe der Satz: ‚Der Adel als Stand ist abgeschafft.‘ Er war angeblich in der Absicht eingebracht, um Schlimmeres abzufangen: Aber er war darum doch selbst nichts Gutes.“

Haym meinte, damit habe man „dem Haß ein Denkmal“ gesetzt, habe dem Verfas-

¹³ Vgl. zu den Debatten und Beschlüssen über die Feudallasten und Adelsfrage *Wolfram Siemann*, Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform. Die Bedeutung der Juristendominanz in den Verfassungsverhandlungen des Paulskirchenparlaments (Bern, Frankfurt am Main 1976) 140–184; *Peter Wende*, Die Adelsdebatte der Paulskirche, in: *Adolf M. Birke, Lothar Kettenacker* (Hrsg.), Bürgertum, Adel und Monarchie. Wandel der Lebensformen im Zeitalter des bürgerlichen Nationalismus (München u. a. 1989) 37–51; *Jörg-Detlef Kühne*, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben (Frankfurt 1985).

¹⁴ *Siemann*, Frankfurter Nationalversammlung, 136 f. u. 416 f. (mit Berücksichtigung einiger später am Abdruck des Ergebnisses geübter Korrekturen).

sungswerk noch neue Feinde geschaffen. Georg Beseler, Berichterstatter des Verfassungsausschusses, empörte sich über „den verletzenden Beschluß gegen den Adel, durch den materiell gar nichts gewonnen, dieser immerhin einflußreiche Stand aber schwer beleidigt ist“. Er bezeichnete das als eine „Ungezogenheit der Versammlung“.

Anschließend wurde freilich über den wahren Sinn dieses besonderen Beschlusses gerätselt, hatte man doch schon alle Bevorrechtigung der Stände in einer besonderen Abstimmung aufgehoben. Man wird diesen Beschluß vielleicht als Inbegriff aller zuvor in den Debatten auf dem Haupt des Adels gesammelten Sünden begreifen: Mätresenwirtschaft, Verschwendung durch Hofhaltung von Herrschaften in der Größe eines württembergischen Oberamtsbezirks – damit waren die hohenzollernschen und thüringischen Fürstentümer gemeint –, Unkosten für Zivillisten und Apanagen usw. Hiermit hatte die Adelskritik, welche sich vom 18. Jahrhundert zum Vormärz hin abgemildert hatte¹⁵, einen neuen Gipfel erreicht. Man wird sich aber nicht ganz des Eindrucks erwehren können, es sei tatsächlich mit der Aufhebung des Adels „als Stand“ eine parlamentarische Panne passiert, so daß die Paulskirchenmehrheit nun gegenüber der Nachwelt radikaler dasteht, als es ihrer konstitutionell-liberalen Mehrheit jemals lieb gewesen war. Vor einem nämlich schreckten die Abgeordneten zurück – und auch das scheint für eine Panne zu sprechen –: vor einer erneuten Mediatisierung der Zwerg- und Duodezstaaten, selbst in Teilen der demokratischen Linken, wußte man doch, daß gerade an diesen Höfen das Werk der Paulskirche seinen Rückhalt fand.

Noch fehlt eine differenzierte Untersuchung, wie dieser Beschluß von den Betroffenen aufgenommen worden ist. Bisher hatte es den Anschein, daß der Adel sich aus Vorsicht angesichts gewaltsamer Bedrohungen nicht zu Wort gemeldet hatte. Das traf nicht zu, wie ein glücklicher Fund beweist, im Gegenteil: Der Adel, voran der standesherrliche, wandte sich mit einer Kette von Petitionen an die Frankfurter Nationalversammlung, wobei sich Ansätze einer organisierten Lobby abzeichneten, als deren Wortführer der bayerische Standesherr Prinz Karl von Oettingen-Wallerstein hervortrat¹⁶. Der württembergische Abgeordnete Moriz Mohl hatte mit seinem Antrag vom 25. Mai 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung zweifellos einen Schock ausgelöst. Das bewies eine Denkschrift, gerichtet an das Paulskirchenparlament und unterzeichnet von einem anonymen Verfasser, der sich „Kein Preuße!“ nannte¹⁷. Sie bezweckte, die Abgeordneten von dem Widersinn des Antrags zu überzeugen. Die Schrift „sollte nur die Vorwürfe, die dem Adel gemacht werden, zurückweisen, die [!] Beschuldigungen entgegnen, seine Verdienste anerkennen, seine Vorrechte zeigen,

¹⁵ Vgl. dazu übereinstimmend die Beiträge *Horst Möllers* und *Dieter Langewiesche* in diesem Band.

¹⁶ Dank der eifrigen Sammeltätigkeit des Abgeordneten und Unterstaatssekretärs Johannes Fal-lati und des Reichsjustizministers Robert von Mohl ist eine reichhaltige Sammlung revolutionärer Flug- und Druckschriften, ja sogar Akten aus den Ministerien der Zentralgewalt, in die Universitätsbibliothek Tübingen gelangt, darunter auch die im folgenden verwerteten Flugschriften und Petitionen des Adels an die Frankfurter und Berliner Nationalversammlung. Es handelt sich besonders um den Bestand „Deutsches Reich“ FoXII a 695.8° sowie FoXII a 89 Fol.

¹⁷ Des Deutschen Adels Verdienste und Beruf. Votum eines Nichtabgeordneten, hervorgerufen durch einen Antrag um Aufhebung des Adels bei der ersten Hohen Deutschen National-Versammlung. Frankfurt am Main 1848.

wie klein sie waren, wie sie heute aufgehört haben zu sein, und deßhalb kein Grund mehr vorhanden, den Adel an und für sich aufzuheben“¹⁸.

Diese Schrift gehört in jene Gattung der *apologetischen Adelspublizistik*, welche weit ausholend zugleich die Berechtigung eines Adels im neuen konstitutionellen System zu legitimieren versuchte. Sie geht so weit, Mohls Antrag und Motive zugleich auch abzudrucken, um sie dann Punkt für Punkt zu widerlegen. Der Adel sei nicht überlebt, sondern er sei in der Zeit der Bewegung „zu sich gekommen, er wird noch immer mehr sich und seine heutige Stellung erkennen! Erkennen, daß er auf seine ursprüngliche Bedeutung zurückgeführt ist, auf das Edelsein! Das ihm innewohnen sollende Große und Hehre: Sei es im Geist, sei es im Herzen, sei es in der Tugend, in der Macht, der Kraft seiner Gesinnung!“ Nicht mehr aus Geburts- und Geblütsrecht, sondern aus Verdienst sollte der Adel seine Identität herleiten; das bezeichnete den seit der Aufklärung angebahnten Wandel der Legitimationsgrundlage angesichts der ideologischen Konkurrenz mit dem Bürgertum¹⁹.

Diese Publizistik hatte also ihre Tradition, und auffälligerweise erhielt sie durch die Märzrevolution wieder Auftrieb, denn auch diese Literatur war nicht vor den Zwängen der Zensur gefeit geblieben, schien doch eine Formierung der Aristokratie den Fürsten stets die Gefahr einer adeligen Fronde heraufzubeschwören, wie insbesondere der preußische und württembergische König befürchteten. Verband sich diese gar mit dem Konstitutionalismus, mußte sie im vorrevolutionären Preußen als besonders repressionswürdig erscheinen, wie der preußische Freiherr von Bülow am eigenen Leib erfuhr, als er über „Die Aristokratie des Talentés als Grundlage des Zweikammer-Systems“ schrieb. 1845 durch die Zensur am Erscheinen gehindert, kam die Schrift erst im März 1848 an die Öffentlichkeit²⁰. Bevorzugt in der Frühphase der Revolution finden sich solche Stimmen, welche im Grundsätzlichen für den Adel streiten, wobei ihren aristokratischen Verfassern bisweilen anzumerken ist, daß sie sich auf einen ihnen neuen Kampfplatz wagten. Dann schickten sie vorsichtshalber voraus: „Es ist nicht meine Absicht in die Reihen jener Männer zu treten, welche durch politische Flugschriften die Verhältnisse der Gegenwart zu ordnen, oder der andern Parthei vorzugsweise zu nützen suchen.“²¹ Tatsächlich geschah es aber dann doch, wenn auch in der Absicht, „die gegenseitigen Antipathien schwinden zu lassen, welche aus verjährtem Vorurtheile entstanden sind“. Diese pazifizierende Absicht in revolutionärer Situation ließ den bayerischen Freiherrn von Bibra von seinen bisher gepflogenen naturwissenschaftlichen Studien aufstehen und zur Feder greifen. Er reihte sich ein in den Chor jener Stimmen, die sich öffentlich und programmatisch zur Wehr setzten, um dem Adel eine besondere Stellung im Verfassungsstaat zu verteidigen.

¹⁸ Ebd., S. 4.

¹⁹ Vgl. zum Wandel der Legitimationsgrundlagen auch *Werner Conze*, Adel, Aristokratie, in: *Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1 (Stuttgart 1972) 1–48.

²⁰ *Hugo Freiherr von Bülow*, *Die Aristokratie des Talentés als Grundlage des Zweikammer-Systems*. Ein publicistischer Versuch. Berlin 1848.

²¹ So *Freiherr von Bibra*, *Freimüthige Beleuchtung der gegenwärtigen Verhältnisse des Adels zu Fürst, Bürger und Bauer*. Nürnberg 1848, datiert auf den 22. April 1848, Zit. S. 3.

Bisher wenig beachtet war überdies die Tatsache, daß sich der deutsche Adel, namentlich der standesherrliche, über das vielberufene ‚Junkerparlament‘ hinaus bereits in der Frühphase der Revolution im Sommer auch mit dezidierten Forderungen bemerkbar machte. Er gesellte sich damit zu der Schar jener Petenten, welche in der Frankfurter Nationalversammlung das Handlungszentrum der künftigen deutschen Politik erkannten. Hervorzuheben ist dabei das Bestreben, sich als durchaus reformwillig zu erkennen zu geben und sich somit von den „schädlichen Ueberbleibseln der Feudalzeit“ zu distanzieren. Politische Umgestaltung und soziale Verbesserung Deutschlands wurden als notwendig anerkannt.

Das bezeugt beispielhaft eine Petition der Standesherrn vom 4. Juli 1848, gerichtet an die Frankfurter Nationalversammlung. Sie enthält die typische Argumentationsweise sowie drei Essentials, wie sie mehr oder weniger in vielen anderen Adelspetitionen auch auftauchten²². Das Vergangenheitsbild sei geprägt von den Folgen der „Fürstensouveränität“, die seit 1806 ältestes Recht willkürlich gebrochen habe – erst Napoleon, dann die größeren deutschen Staaten. Freilich entstammten jener Zeit die rechtlichen Privilegien, welche die Standesherrn bis an den Vorabend der Revolution weitgehend gerettet sahen, verankert in der Rheinbundakte (Artikel 27)²³, in der Deutschen Bundesakte (Artikel 14)²⁴ sowie in deren Übernahme in die Wiener Kongreßakte. Damit kamen die Sonderrechte der Standesherrn in den Status einer völkerrechtlichen Garantie. Der Artikel 58 der Wiener Kongreßakte hatte den Mediatisierten zumindest noch vorbehalten, ob sie auch einige Kuriatstimmen in der Bundesversammlung erhalten sollten²⁵. Man argumentierte nun während der Revolution, viele Rechte seien inzwischen durch Abfindungs- und Ablösungsverträge beseitigt. Auffällig ist jedoch die Bewertung der gegen Entschädigung erfolgenden Aufhebung der grundherrlichen Rechte und Privilegien unter dem Eindruck der Revolution: Die Entschädigung wurde durchweg als unvollständig angesehen, aber die Ablösung lasse die Adeligen doch „aus ihrer bisherigen angefeindeten Stellung treten, und von nun an mit ungetheiltem Interesse dem gesammten grundbesitzenden Theile des Volkes angehören“.

Die Standesherrn verteidigten als drei Essentials ihre Standschaft im Bund und in den Landtagen, ihre Fideikomnisse und ihre Familienrechte. Über diese völkerrechtlich garantierten Restrechte habe auch die „Staatsouveränität“ keine freie Hand. Die

²² In UB Tübingen FoXII a 89 Fol. Bd. 1, unterzeichnet von: Otto Graf zu Solms-Laubach, Wolfgang Ernst Fürst zu Isenburg, Karl Graf zu Stolberg-Roßla, Max Graf zu Solms, Friedrich Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg, Ernst Kasimir Erbprinz zu Isenburg und Büdingen, Rudolph Graf zu Stolberg-Wernigerode, Karl Anton Ferdinand Graf von Bentinck, Maximilian Graf zu Isenburg-Büdingen-Wächtersbach, überreicht 5. Juli 1848 vom Gräflich Bentinckschen Konsulenten Dr. K. A. Tabor mit der Versicherung, 40 standesherrliche Familien hätten sich diesem Antrag angeschlossen.

²³ Vgl. zur Rheinbundakte *Ernst Rudolf Huber* (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 1 (Stuttgart u. a. ³1978) 32.

²⁴ Ebd., 88; vgl. auch den zusätzlichen Artikel 63 der Wiener Schlußakte vom 15. 5. 1820, der der Bundesversammlung den genauen Vollzug des Artikels 14 der Bundesakte einschärfte, ebd., 99 f.

²⁵ Abgedruckt in: *Corpus Juris Confoederationis Germanicae*. Hrsg. v. *Philipp Anton Guido von Meyer*, Teil 1 (Frankfurt ³1858) 266.

Standesherren befürworteten das Zweikammersystem auf der Ebene des Reiches und der Länder unter der Voraussetzung, daß die Erste Kammer – gewissermaßen das Oberhaus – den großen Grundbesitz verkörpere. Auf die exklusiv adlige Qualität als Bedingung waren sie bereit zu verzichten. Denn der Grundbesitz sollte nun Schutz vor augenblicklichen Gefühlswallungen verbürgen. Die schlechten Erfahrungen mit aristokratisch zusammengesetzten Kammern dürften nicht als Gegenargument dienen, denn in jenen seien „weniger der Grundbesitz als der Adel und die Privilegien“ vertreten gewesen! Die Selbstverleugnung der Standesherren ging mithin im Juli 1848 so weit, die Ignorierung der Adelsqualität bei der Zusammensetzung der Kammern als Vorzug anzupreisen, ja, sie sprachen von einer früher „fehlerhaften Zusammensetzung“ der Ersten Kammern! Ziel sei eine „aus großen nicht privilegierten Grundbesitzern gebildete Kammer“, also auch Bauern und Bürger mit Grundbesitz einschließend.

Vehement und mit zahlreichen Einzelschriften verteidigten sie die rechtliche Institution der Familienfideikommisse. Darin mischten sich Argumente antikapitalistischer Sozialkritik. Sie warnten vor den schlimmen Folgen der unbeschränkten Teilbarkeit des Bodens: „Im Elsaß, woselbst längst keine Fideicommissie mehr bestehen, geräth bekanntlich das gesamte Grundeigenthum immer mehr in die Hände von Kapitalisten.“²⁶ Die Bauern würden verschulden und auf den Stand von Leibeigenen herabsinken. Solche Klagen kämen auch aus Württemberg, Westfalen, Baden und vom Niederrhein. Die Adligen erklärten die Frage der Teilbarkeit für noch nicht „spruchreif“ und empfahlen, zunächst noch Erfahrungen zu sammeln. Die vorgebliche Sorge um die Bauern traf freilich bei Betroffenen nicht auf viel Verständnis. Im Gegenteil entwickelte sich eine öffentliche Kontroverse, ausgetragen im Medium von Petitionen: Auf die standesherrliche Eingabe reagierten kleine oberschlesische Grundbesitzer. Sie bezogen sich eigens auf die Petition der Standesherren und hielten – auch an die Paulskirche gerichtet – dagegen, gerade wegen der großen geschlossenen Güterkomplexe des Adels seien die Fideikommisse „die Grundursache des oberschlesischen Jammers und Elendes“. Sie verhinderten die Gleichberechtigung im Grundeigenthum. Auch die englischen Lords und Pairs hätten im Juni die Fideikommisse in Irland aufgehoben²⁷.

Mit großer Besorgnis verfolgten die Adligen die Verhandlungen in Frankfurt. Die Anträge, welche den Adel und die Familienfideikommisse aufheben wollten, wurden immer wieder als Anlaß genommen, sich an das Parlament zu wenden, und das teilweise mit schon formulierten Gegenanträgen, die den Abgeordneten nahegelegt wurden²⁸.

²⁶ Petition der Standesherren vom 4. Juli 1848.

²⁷ Petition „Namens der oberschlesischen hartbedrängten sogenannten kleinen Leute“ vom 30. 8. 1848, welche das Votum zusammenfaßte von kleinen Grundbesitzern, Leerhäuslern, Einliegern, Auszüglern, Webern, Spinnern und Handarbeitern.

²⁸ So in der Petition vom 26. 7. 1848 „An die hohe constituirende Versammlung! Gehorsame Vorstellung und Bitte der unterzeichneten Mitglieder des deutschen Adels, die Sicherstellung seines Fortbestehens betreffend“: „Eine hohe Versammlung wolle, in gerechter Würdigung der angeführten Gründe, alle Anträge auf Aufhebung des Adels, der bestehenden Familien-Fidei-

Mit voranschreitender Zeit schlugen die Petitionen teilweise schärfere Töne an. Deutlich wird das an einer Initiative westfälischer Adliger, die über die Standesherrn hinaus auch den niederen Adel und die Rittergutsbesitzer einschlossen. Sie klagten, einzelne Abgeordnete „auf dem Reichstage“ würden die Rolle des Adels in der Geschichte entstellen, verleumden, verunglimpfen, und sie fürchteten, man beabsichtige, dem Adel sein Erbrecht, „welches eben so alt und ehrwürdig ist als die deutsche Nation, nach über tausendjährigem Bestande mit einem Federstriche zu entziehen“²⁹.

Die Petition fügte die radikalen Anträge der Paulskirche in eine historische Vision, die wegen ihrer Eindrücklichkeit hohen dokumentarischen Wert hat und wörtlich wiedergegeben zu werden verdient. Sie enthält die im Adel umgehenden Ängste. Formal gibt sie sich als eine fiktive Ansprache eines Radikalen an die deutschen Adligen:

„Wir wollen zwar nicht wie weiland unsere Gesinnungs-Genossen, die Jacobiner in Paris, euer Haupt dem Henker überweisen, ihr möget auch immerhin euere Namen behalten, weil es so eigentlich kein radicales Mittel, solche zu beseitigen gibt, – aber ihr sollet euch, wenn auch nicht unter der Guillotine doch in eurer Habe verbluten, zwar nicht plötzlich, denn wir wollen euch euern Besitz ja lassen, aber allmählig soll dieses statt finden, und geschieht solches ganz einfach dadurch, daß wir euer Erbrecht für ungültig erklären und hiermit der Familie ihr Eigenthum entziehen, um solches dem zeitigen Nutznießer einzuräumen. Nach einigen Erbfällen ist dann der Adel in seinem Besitze vernichtet. Das Gut wird getheilt oder verschuldet, und fällt dann bald dem Handel und der Speculation anheim.“³⁰

Auch hier machte sich die Angst vor den bürgerlichen Börsenspekulanten und ‚Capitalisten‘ bemerkbar. Dem hielt man entgegen, die Stammgüter beziehungsweise die Fideikomnisse gehörten der Familie; der einzelne Besitzer sei nur Nutznießer. Eine Aufhebung bedeute eine Beraubung der Familie zugunsten des derzeitigen Besitzers. Hinter der Petition der westfälischen Adligen stand als organisatorischer Kristallisationspunkt der „Westphälische Verein zum Schutze des Privatrechts und des Eigenthums, so wie zur Beförderung des allgemeinen Wohles“. Die Unterzeichner der Petition bildeten zugleich den Vorstand dieses Vereins³¹.

Fortsetzung Fußnote von Seite 239

commisse und Familien-Successionsrechte hochgefälligst zurückweisen und zugleich dahin wirken, daß derselbe Grundsatz in allen deutschen Landen gleichmäßig in Geltung bleibe.“

Die 19 Unterzeichner waren: Ferdinand Frhr. von Bongart, Frhr. von Rolshausen, Frhr. von Bourscheid, Frhr. von Vorst-Gudenau, Adolph Frhr. von Fürstenberg, Carl Graf von und zu Hoensbroech, Carl Joseph Reichsfrhr. von Fürstenberg, Franz Frhr. von Spies-Maubach, Frhr. Carl von Dalwigk-Lichtenfels, F. E. Graf von und zu Hoensbroech, Hugo Graf Beissel von Gymnich, Hermann Frhr. von Bongart, Frhr. von Carnap-Bornheim, Max Felix Graf Wolff-Metternich, A. Graf von Spee, Graf von Mirbach, Frhr. von Nordeck zu Nordeck, Frhr. von Waldbott-Bornheim, Cl. Frhr. von Eltz.

²⁹ „Erklärung vieler in Westphalen ansässigen Mitglieder des deutschen Adels, die beantragte Aufhebung der Stammguts-Eigenschaft und des hergebrachten Erbrechts betreffend. [...] Namens und im Auftrage vieler Mitglieder des in Westphalen ansässigen deutschen Adels“, unterzeichnet von Graf Merveldt, Graf von Bocholtz, Graf von Landsberg-Steinfurt, Münster 16. 8. 1848.

³⁰ Ebd.

³¹ Das geht hervor aus einer weiteren Petition vom 28. 10. 1848 (Münster): „Denkschrift, die beabsichtigte Verletzung des Privatrechts und des Eigenthums betreffend“, unterzeichnet von den

Die bevorstehende zweite Lesung der Grundrechte veranlaßte den betroffenen Adel zu noch lebhafterer Petitionstätigkeit. Man hoffte, doch noch das Schlimmste durch Korrekturen an der Vorlage verhindern zu können. Dabei war es bezeichnend, daß man sich nun die neue Rechtslage für die Argumentation zu eigen machte. Eindringlich warnten die Petenten davor, die Abgeordneten sollten sich nicht in Widerspruch zu ihren eigenen Beschlüssen setzen. Die Adligen bezogen sich auf folgende Grundrechtsartikel: die Gleichheit vor dem Gesetz, die Aufhebung der Standesprivilegien, die freie Verfügbarkeit über Eigentum und Liegenschaften, die Unverletzlichkeit des Eigentums, den Schutz des „Eigentums der toten Hand“. Das System der Grundrechte schien ihnen die Unantastbarkeit der Fideikommisse zu verbürgen³².

Zugleich bediente man sich der Argumente, welchen besonders die Historische Rechtsschule in der Prägung Friedrich Carl von Savignys und Karl Friedrich Eichhorns zu Ehren verholfen hatte. Die Standesherrn leiteten ihr Erbrecht aus der germanischen Erbfolge her und hoben es ab vom „undeutschen“ Römischen Recht, das von italienischen Lehrstühlen auf Deutschland übertragen und ‚gemeines Recht‘ geworden sei. Der Adel erschien nach diesem propagandistisch effektiv vorgetragenen Standpunkt als Wahrer altgermanischen Rechts. Stammgut und Fideikommisse des Adels „wurzel[n] in der ihm bewahrten uralten Sitte, auf ursprünglich deutschem Rechtsboden“³³. Schließlich erschien die Vererbungsweise nicht einmal mehr als typisch für den Adel, sondern als Teil „altdeutschen Rechts und Herkommens“, dessen Bruchstücke in vielen Gegenden auch bei Bürgern und Bauern erhalten seien, verwurzelt in ‚Volkssitte‘ und ‚Volksbewußtsein‘³⁴.

Die Standesherrn gaben sich scheinbar liberal und konzessionsbereit. Sie billigten – wie Fürst Karl zu Oettingen-Wallerstein in einer Petition an die Paulskirche – die Aufhebung des Hörigkeitsverbandes, des Untertänigkeitsverhältnisses und jeder Art von Herrlichkeitsrechten: „Kein deutscher Staatsbürger soll dem andern gerichtsbar, schutzverwandt oder dienstbar seyn.“³⁵ Er akzeptierte im Prinzip die Ablösbarkeit sämtlicher Leistungen und Abgaben. Freilich verwendete er dabei einen so weiten Eigentumsbegriff, daß schlechthin alle überkommenen Berechtigungen als ‚Privatrecht‘ erschienen. Auch die Schutz-, Schirm- und Vogtei-Herrlichkeitsrechte gehörten dem Zivilrecht an und seien Privateigentum. Die Rheinbundakte bezeichne sie als

Fortsetzung Fußnote von Seite 240

bereits Genannten. Vgl. zu den Organisationsbestrebungen dieser Adligen bes. *Reif*, Westfälischer Adel, 418–420.

³² „An die hohe constituirende deutsche National-Versammlung. Vorstellung deutscher Standesherrn, die in dem §. 31. der Grundrechte des deutschen Volkes vorläufig beschlossene Aufhebung der Fideikommisse betreffend“, Stuttgart 31.10.1848.

³³ Ebd., vgl. zu der akademischen Rechtstradition der Historischen Rechtsschule in den Debatten über Aufhebung der Feudallasten *Siemann*, Frankfurter Nationalversammlung, 140–147.

³⁴ „An hohe deutsche verfassungsgebende Nationalversammlung! Vorstellung deutscher Standesherrn die Aufrechthaltung der Familienfideikommisse betreffend“, Frankfurt 8.12.1848, unterzeichnet von 36 reichsständischen Familien ohne Namensnennung.

³⁵ „An die hohe constituirende National-Versammlung. Vorstellung des Prinzen Karl zu Oettingen-Wallerstein, in seiner Eigenschaft als Vormund des minderjährigen Fürsten Karl Friedrich von Oettingen-Wallerstein, die §§. 27 und 28. der Grundrechte des deutschen Volkes betreffend“, Frankfurt 7.11.1848.

„Patrimonial- und Privateigenthum“. Diese uneingeschränkte Ausdehnung des privatrechtlichen Eigentumsbegriffs wurde von den historisch gelehrten Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung überwiegend angefochten³⁶.

Insgesamt ist eine Dynamik sich verstärkender Interessenartikulation des mediatisierten Adels während der Grundrechtsverhandlungen im Laufe des Revolutionsjahrs zu beobachten. So fädelten sich etwa die Standesherrn ein in die Argumentation der landwirtschaftlichen Vereine. Deren in Frankfurt abgehaltener Kongreß habe mit 90 gegen 17 Stimmen die Frage der Teilbarkeit des Grundeigentums als noch nicht spruchreif angesehen. Auch verwies man auf Bedenken gegenüber dem Teilbarkeitsprinzip in der Tagespresse. Verständlicherweise waren es die konservative ‚Oberpostamtszeitung‘ und das ‚Frankfurter Journal‘, welche man als Sprachrohr der Öffentlichkeit zu werten geneigt war³⁷. Auch die Tendenz der Petitionen vermerkte man aufmerksam und stellte fest, daß nahezu ausnahmslos Petitionen zugunsten der Erhaltung von Fideikommissen eingegangen seien, nur in einem besonderen Fall eine, die sich dagegen aussprach³⁸. Der Adel akzeptierte damit für den ihm nützlichen Fall die ‚öffentliche Meinung‘ als Legitimationsbasis, denn er verwies darauf, daß die „öffentliche Meinung die in der Aufhebung der Fideikommisse liegende Eigenthumsvernichtung nicht fordere“.

Es fehlt keineswegs an Beispielen, in denen Adlige sich trotz vorausgegangener Proteste an ihre landeseigene ‚Öffentlichkeit‘ wandten. Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein legte gegenüber seinen Bauern ein konstitutionell-liberales Bekenntnis ab und rechtfertigte sich damit, die Bauern hätten ihn aufgefordert, auf einer Versammlung bayerischer und württembergischer Volksvereine am 27. August 1848 in Nördlingen zu reden. Er habe Vorbehalte gegen die Wirkung des gesprochenen Wortes: „Aber in diesen Zeiten will ich meine Ansicht redlich und frei voraussagen.“³⁹ Ein Augsburger Lokalblatt benutzte nun diesen Auftritt als willkommenen Anlaß, den Fürsten anzugreifen, „um an mir alles, einschliessig der Kleidung, zu tadeln und zu cariciren“. Hier schritt der Fürst gar zur Selbstverteidigung in der Presse, wo er dieses Vorgehen rügt und sich als freisinnigen, national denkenden Mann bezeichnet⁴⁰. Auch solche Beispiele verdeutlichen, daß Adlige es keineswegs verschmähten, selbst unter persönli-

³⁶ Vgl. Siemann, Die Frankfurter Nationalversammlung, 161–166.

³⁷ Extra-Beilage zum ‚Frankfurter Journal‘ No. 294, 4. 11. 1848: „Der Beschluß über die Aufhebung der Familienfideicommiss“, übernommen aus den Beilagen No. 291 u. 294 der Frankfurter ‚Oberpostamtszeitung‘; UB Tübingen FoXII a 89 Fol., Bd. 1.

³⁸ Wie Anmerkung 28; die gegenteilige Petition war zweifellos die erwähnte aus Oberschlesien, vgl. Anm. 27. Als weitere Flugschriften in der Sache sind zu vermerken: „Kurze Beleuchtung der Frage: Ob die Aufhebung der in Teutschland bestehenden Familien-Fideicommiss nothwendig und rathsam sei?“, 28 S., gedr. bei E. Polz in Leipzig; „Ueber die Aufhebung der Fideicommiss“, 10 S., gedr. bei Carl Georgi in Bonn; August Geyder, Die ständigen Familien-Fideicommiss und der Tit. II §. 32. des neuen Verfassungs-Entwurfs für Preußen“, 8 S., alle UB Tübingen, FoXII a 695, 8°, Bd. 17.

³⁹ Denkschrift Fürst Ludwigs von Oettingen-Wallerstein, Reimlingen, 29.8.1848 „An diejenigen meiner Mitbürger im Riese, welche sich gewöhnlich nicht viel mit Staatsgeschäften abgeben“ (UB Tübingen Fo XII a 89 Fol., Bd. 5).

⁴⁰ Augsburger Postzeitung vom 5.9.1848.

chem Risiko sich den ihnen teilweise noch neuen Formen öffentlicher Auseinandersetzung mit Auftritten auf Versammlungen und in der Presse anzubequemen.

Die Hoffnungen der adligen Petenten wurden freilich weitgehend enttäuscht. Die Beschlüsse der Paulskirche in zweiter Lesung blieben weit hinter den Erwartungen zurück, so daß man nun mit kaum unterdrückter Empörung beklagte, daß ihre eingereichten ‚Vorstellungen‘ weder im Parlament erörtert noch auch nur zum Vortrag gelangt seien, sondern „in den Akten begraben blieben“. Man wolle nun „auch vor der Nation“ die zuvor in Petitionen geäußerten Rechtsargumente ausbreiten, ja die Legitimität der Nationalversammlung wurde angesichts knapper Abstimmungsergebnisse angezweifelt. Man legte ausdrücklich Verwahrung ein gegen die Aufhebung des Adels als Stand, gegen die Aufhebung der bestehenden Fideikommisse und gegen die entschädigungslose Eigentumsenteignung. Das waren die drei größten Gravamina, welche in der Reaktionszeit aufgegriffen wurden. Maßgeblich bei allen Auseinandersetzungen wurde dabei der weitgefaßte Eigentumsbegriff, denn „ihr Grundeigenthum und die ihnen belassenen Rechte sollen ihnen als unantastbares Patrimonial- und Privat-Eigenthum für immer gesichert bleiben“, wie es die seit 1806 proklamierten Grundsätze den Standesherrn verbürgten. Man ging sogar so weit, anzukündigen, nach Vollendung der Verfassungsarbeit Reklamation einlegen zu wollen „vor jenen Organen, welche demzufolge in Wirksamkeit zu treten haben werden“⁴¹. Künftigen Verfassungsklagen war damit schon das Wort geredet, und wie ernst es den Betroffenen damit war, bewiesen die späteren Initiativen bei der wiederbelebten Deutschen Bundesversammlung, die mit dem rechtlichen Erbe der Revolution konfrontiert war.

Nicht nur in der Frankfurter Nationalversammlung, auch in den Kammern der Einzelstaaten schritt man zu Gesetzen, die das Verhältnis des Adels und der Bauern regelten. Konnte Hartwig Brandt für die vorrevolutionäre Epoche noch zu Recht feststellen, daß die Regelung der Adelsverhältnisse nicht durch Gesetzgebung, sondern durch Verträge geschah⁴², so erfolgte sie in der Revolution gerade durch Gesetze. Das war Bluntschlis „Revolution durch Reform“, an die Dieter Langewiesche erinnert hat⁴³. Eben jene Gesetze versuchte der erwähnte Graf zu Erbach-Erbach vergeblich anzuklagen, und zwar mit den in der Bundesakte begründeten Sonderrechten der Mediatisierten. Er stellte das reaktivierte Bundesrecht über die Landesgesetze. Der bayerische Innenminister Graf Reigersberg beschied daraufhin, die Gesetze von 1848 seien auf verfassungsmäßigem Wege zustande gekommen: Die Kammer der Reichsräte habe den Gesetzen zugestimmt, habe keine Exemption beantragt, keine Protestation oder einen Vorbehalt im Kammerprotokoll niedergelegt. Graf Erbach-Erbach habe sich nicht einmal veranlaßt gesehen, seinen Sitz in der Kammer der Reichsräte einzunehmen. Er schloß, „daß die bayerischen Standesherrn auf etwa in dem deutschen Bundesrechte gegründete Einreden gegen die Gesetzgebung vom Jahre 1848 theils aus-

⁴¹ „An die hohe verfassungsgebende deutsche National-Versammlung. Vorstellung deutscher ehemals reichsständischer Familien. Einzelne in die Grundrechte des deutschen Volkes Aufgenommene Beschlüsse betreffend“, 27.12.1848, gerichtet an die Nationalversammlung, unterzeichnet von 41 nicht genannten Unterschriften.

⁴² Vgl. den Beitrag *Hartwig Brandts* in diesem Band.

⁴³ Vgl. den Beitrag *Dieter Langewiesches* in diesem Band.

drücklich durch ihre Zustimmung zu den fraglichen Gesetzen in der Kammer der Reichsräthe, theils stillschweigend und faktisch verzichtet haben“. Die politische Abstinenz schlug nun auf ihre Träger zurück. Der Staat nutzte die Früchte der Revolution, indem er sie sanktionierte.

Besondere Probleme bereitet die Frage, wie weit der Adel aus der Umwälzung materiell beeinträchtigt hervorgegangen war. Die großen Standesherrn haben sich – wie Heinz Gollwitzer gezeigt hat – durch die Ablösungsgelder finanziell konsolidieren oder gar verbessern können. Aber wie verhielt es sich mit dem kleineren landsässigen Adel? Vieles in den Beschwerden wird Zweckpessimismus oder Schwarzseherei sein. Aber es waren durchaus reale Einbußen zu verzeichnen: bei den Taxen aus der Gerichtsbarkeit, bei den fortfallenden Naturalfronden, bei den persönlichen, nicht am Boden haftenden Abgaben, bei manchen Zehnten. Als schwerwiegend wurde die „Einverleibung des früher exemten Besitzthumes in den Gemeinde-Verband“ bewertet. Nicht selten – so hieß es – würden die bisherigen Exemten gerade den verarmtesten Gemeinden zugeteilt werden, ja ein arrondiertes Besitztum werde zerstückelt und mehreren armen oder überschuldeten Gemeinden einverleibt. Das mache den Besitzer „zum Paria des Proletariates, welches über seine Kassen autokratisch verfügt“⁴⁴. Auch die Entschädigungen der Ablösungsgesetze von 1848/49 wurden aufgerechnet – mit dem Ergebnis, daß sie kaum einen Ausgleich der Hälfte der früheren Renten erbrächten⁴⁵.

Ich will die unterschiedlichen Reaktionen des Adels auf die Herausforderung der Revolution noch einmal systematisch bilanzieren. Er suchte 1. den direkten Weg zum Monarchen; er wählte 2. das Forum der Landtage, und die Tatsache, sich während der Revolutionszeit überhaupt auf den konstitutionellen Boden zu begeben, scheint mir zu rechtfertigen, dann vorwiegend von einem Adelsliberalismus oder wenigstens Adelskonstitutionalismus zu sprechen, wie ihn Christof Dipper besonders akzentuiert hat, auch wenn Vieles als taktisch berechnet erschien⁴⁶. Dazu zählten die Gagern, Leiningen, Radowitz, Lichnowsky, Vincke und wie sie noch *innerhalb* der Parlamente hervortraten. Der Adel wählte 3. die Öffentlichkeit der Presse und Flugschriften, obwohl Äußerungen in den lokalen Tageszeitungen relativ selten sind. Er verlegte sich 4. auf passive Resistenz. Schließlich 5. ergriff er die Flucht nach vorn, indem er die modernen Formen des Parteiwesens erprobte und die Konstituierung der konservativen Partei betrieb, wie sie Wolfgang Schwentker für Preußen und Heinz Reif für Westfalen in differenzierter Weise aufgedeckt haben. Die Generalversammlung des „Vereins zum Schutze des Eigentums und der Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen“, der zum 18. August 1848 zum sogenannten „Junkerparlament“ nach Berlin eingeladen hatte, war darin nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges. Dort erklärte der Herausgeber der Kreuzzeitung, Ludwig von Gerlach:

„So wie der Adel nicht um der Edelleute, sondern um des Staates willen da ist, so ist auch der Reichtum nicht um der Reichen, sondern um der Armen da [...] Daher darf der Verein die bedrohten Rechte, Patronat, Polizei, Gerichtsbarkeit nicht aufgeben, denn diese Rechte sind mehr

⁴⁴ Vgl. Oettingen-Wallerstein, *Rekurs-Vorstellung*, BayHStA, MInn 47609.

⁴⁵ Ebd., S. 35.

⁴⁶ Vgl. *Christof Dipper*, Adelsliberalismus im 19. Jahrhundert, in: *Dieter Langewiesche* (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert* (Göttingen 1988) 172–192.

Pflicht als Rechte [...]. Sie haben einen unvergänglichen Kern. Der Kern besteht in den auf dem großen Grundbesitz seiner Natur nach haftenden Pflichten, die sich bei uns in jenen Rechten verkörpert haben [...]. Aufopfern, zu Felde ziehen, erobern, ohnehin die stärkste Form der Verteidigung – den Rücken gegen den Mist, die Front gegen den Feind – das ist adlig.“

Diese Parteilichkeit erhielt Rückhalt durch Aktivitäten der protestantischen Geistlichkeit, der Erweckungsbewegung in Pommern und dem Bergischen Land oder des Neupietismus Württembergs. Diesen Verbindungen ist vor allem Josef Mooser auf der Spur⁴⁷. Ich will hier das markanteste Ereignis der Zusammenarbeit zwischen protestantischer Orthodoxie und konservativ-adligem Vereinswesen herausheben: den *ersten Evangelischen Kirchentag*, der vom 21. bis 23. September auf Betreiben Moritz August von Bethmann Hollwegs in Wittenberg zusammentrat. Bekannte Mitglieder konservativer Vereine, voran Friedrich Julius Stahl und Ernst Ludwig von Gerlach, machten ihn „zu einem Forum der gegenrevolutionären politischen Propaganda“⁴⁸. Am 22. September legte Gerlach dem Kirchentag eine Erklärung gegen die Revolution vor, die mit Beifall aufgenommen wurde. Darin verwarf er „Lästerung und Schändung irdischer und göttlicher Majestät“; er wandte sich gegen die Volkssouveränität als Prinzip und gegen die Paulskirche. Schwentker urteilt, „daß die Konferenz politisch im Zeichen der Gegenrevolution stand“⁴⁹.

Ich hatte die Orientierung des deutschen Adels nach rückwärts besonders stark betont. In dieser Hinsicht war die Revolution in der Tat eine Wetterscheide. Das Wetterleuchten der nahezu definitiven Entfeudalisierung blitzte noch wenige Jahre, aber bereits in den 1850er Jahren trat die neue Formation zutage, und diese orientierte sich nun konsequent an der Spannung zum Bürgertum, und zwar speziell zum Industrie- und Handelsbürgertum. Frau Paletschek hatte für diese Dekade am Beispiel der Paula von Bülow gezeigt, wie erstmals adlige Frauen mißbilligend die Neigung ihrer Geschlechtsgenossinnen aus dem Wirtschaftsbürgertum registrierten, sie im äußeren Auftreten zu übertrumpfen⁵⁰. Die Stimme eines männlichen Zeitzeugen aus dem Jahre 1855 vermag den Sachverhalt in soziologischer Weise aufzuschlüsseln:

„Gegen den Papierhandel der Börse, gegen die Kapitalien der Fabrikanten schwinden die wenigen noch reichen aristokratischen Besitzer in eine sehr kleine Minorität zusammen. [...] Es ist wahr, praktisch ist der deutsche Adel nicht; er betheilt sich nicht an großen merkantilen Unternehmungen wie die englische Nobility, er macht auch keine politischen Zugeständnisse an die Menge wie der alte Adel in Frankreich; zu dem erstern fehlt es ihm an Reichthum, für das zweite

⁴⁷ Vgl. *Josef Mooser*, Konventikel, Unterschichten und Pastoren. Entstehung, Träger und Leistungen der Erweckungsbewegung in Minden-Ravensberg, ca. 1820–1850, in: *Josef Mooser* (Hrsg. u. a.), *Frommes Volk und Patrioten. Erweckungsbewegung und soziale Frage im östlichen Westfalen 1800 bis 1900* (Bielefeld 1989) 16–52; *Jürgen Scheffler*, *Erweckungsbewegung und Revolution. Religion und politische Öffentlichkeit in Lemgo 1848/49*, in: ebd., 340–366.

⁴⁸ Vgl. *Wolfgang Schwentker*, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei* (Düsseldorf 1988) 220.

⁴⁹ *Schwentker*, *Konservative Vereine*, 220; die Verbreitung und Tiefenwirkung konservativer Vereine war noch erheblich größer, als bei Schwentker dargestellt, ersichtlich bei *Eckhard Trox*, *Militärischer Konservatismus. Kriegervereine und ‚Militärpartei‘ in Preußen zwischen 1815 und 1848/49* (Stuttgart 1990), wobei der adlige Anteil beachtenswert, aber regional nicht überall gleichermaßen präsent war.

⁵⁰ Vgl. den Beitrag *Sylvia Paletscheks* in diesem Band.

an Schmiegsamkeit und Biagsamkeit. [...] Der Adel, seinen Feinden [!] gegenüber, befindet sich in einer sehr isolierten Lage. Hier der niedre Bürger und Landmann, der etwas hat munkeln hören von allgemeiner Gleichheit der Stände, dort der Bürokrat, der in Perspektive die absolute Gewalt für sich erblickt, der liberale Advokat, der ihn aus Grundsatz haßt und ewig bemüht ist gegen ihn politisch zu agitiren und zu wühlen, endlich der fette Banquier und Prozentenfürst, der sich darüber freut, ein kostbareres Diner zustande bringen zu können, als der Fürst so und so.“⁵¹

Daraus sprach nicht die Tendenz zur Verbürgerlichung des Adels oder zur Aristokratisierung des Bürgertums, sondern zur Abgrenzung. Der Wilhelm Riehl des Adels, Alexander von Ungern-Sternberg, hatte diese Befindlichkeit aus nachrevolutionärer Zeit treffend festgehalten. In gleicher Weise sind auch solche nun vermehrt auftauchende Bemühungen zu deuten, die Identität und neue Legitimität des Adels als Akt neuer Selbstfindung aus seiner eigenen Geschichte zu begründen⁵². Anders formuliert und mit dem Akzent auf dem Bürgertum: Das verheißungsvolle vormärzliche Erwartungsmodell von der klassenlosen Bürgergesellschaft, die alle anderen Stände in den dritten einzuschmelzen schien – dieses Modell mutierte unter dem Einfluß der Revolution in den 1850er Jahren von der Utopie zur Ideologie.

⁵¹ A. v. Sternberg [d. i. Alexander von Ungern-Sternberg], Erinnerungsblätter, 1. Teil. Berlin 1855, S. 23 f.

⁵² Vgl. etwa die noch ganz vom Eindruck der Revolution geprägten Werke des *Karl Heinrich Freiherrn Roth von Schreckenstein*, *Das Patriziat in den deutschen Städten*, besonders *Reichsstädten als Beitrag zur Geschichte der deutschen Städte und des deutschen Adels* (Tübingen 1956); *ders.* *Geschichte der ehemaligen freien Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rheinstrome*, nach Quellen bearbeitet, 2 Bde. (Tübingen 1859).